



Juli 2011

Rundbrief

Seit November 2008

In Zusammenarbeit mit
der IPA Karlsruhe



ニュースレター

Diese Überschrift ist die japanische Bezeichnung für „Newsletter“ oder Rundbrief, und ist der erste Schritt zur Einführung eines Rundbriefes für die Polizei in Japan. Der japanische Rundbrief hat daselbe Ziel wie der deutsche IPA und CSU Fresno Rundbrief, die grenzüberschreitende Verbreitung von Nachrichten und Informationen von allgemeinem Interesse für die Polizei.

Dieses Projekt wurde mit der Einstellung von Dr. George KIKUCHI, ein neuer Professor an der staatlichen Universität in Fresno, Kalifornien möglich gemacht.

Inhaltsverzeichnis:

- S. 1/2 Japanischer Rundbrief / Polizei
 - Dr. George KIKUCHI
 - Miho SCHWEIZER
 - Weiterbeschäftigung als Polizeibeamter nach der Pensionierung.
- S.2/3 –Informationsbarriere zwischen Polizeien in den USA.
- S. 3-4 -Privatdetektive und Leibwächter in Kalifornien
- S. 4 - Drogenpolitik in den USA
- S. 5 - Polizei-Iphone
- Polizeifotos

Dr. George KIKUCHI war vorher in der Forschung für das japanische „Institute of Police Science“ das der National Police Agency (ähnlich wie das BKA) unterstellt ist, tätig. Dr. KIKUCHI ist ein Experte in G.I.S. (graphic information systems) Anwendungen bei der Polizei und arbeitet jetzt gemeinsam mit Prof. Schweizer an einem Videoüberwachungsprojekt für die örtliche Polizei.



Dr. George KIKUCHI

Durch Dr. KIKUCHI können mit dem neuen Rundbrief wichtige Informationen auf Japanisch an dortige Kollegen weitergereicht werden. Da die Polizei in Japan

Prof. Dr. H. O. Schweizer, Autor und Herausgeber dieses Rundbriefes, trägt die volle Verantwortung für den gesamten Inhalt. Er ist über Email folgend erreichbar: haralds@csufresno.edu

JAPANISCHE POLIZEI...

selten ausreichende Englischkenntnisse hat, wird der neue Rundbrief neue Dimensionen eröffnen und die Kenntnisse der japanischen Polizei über Polizei und Kriminalität im Ausland erweitern.

Das neue Rundbriefproject wird weiterhin auch von Frau Miho Schweizer unterstützt. Frau Schweizer ist Dozentin für Japanisch an der University of California in Merced, und geeignete Berichte in diesem deutschen Rundbrief werden von ihr für den japanischen Rundbrief übersetzt.



Miho Schweizer

WISSENSWERTES ÜBER DIE POLIZEI IN DEN USA

RENTNER ABER TROTZDEM IM DIENST

Mit mehr als 20 Jahren Dienstzeit können Beamte in manchen Polizeien offiziell in Rente gehen, aber trotzdem bis zu 5 Jahre weiterarbeiten. Dabei erhalten sie monatlich ihren normalen Gehalt, und die Rente geht in ein Anlagenkonto. Nach 5 Jahren in dem sogenannten „Luisiana Plan“ muß der Beamte dann seinen Dienst quittieren, aber erhält dann die ganze inzwischen angewachsene Summe, was in vielen Fällen hunderttausende von Dollars sein kann. Diese Vereinbarung durch die

Polizeirentenkasse ist besonders bei Polizeien in Oklahoma und natürlich in Louisiana zu finden. Durch diese Vereinbarung kann man auch in manchen Fällen die Pensionierungspflicht umgehen. Muß man in einem bestimmten Alter in Rente, läßt man sich offiziell pensionieren aber man arbeitet trotzdem noch bis zu fünf Jahre weiter. Das verhindert daß Beamte mit wertvoller Erfahrung und noch hoher Leistungsfähigkeit rein auf Grund einer gesetzlichen Rentenbestimmung der Polizei frühzeitig verloren gehen.

INFORMATIONSBARRIERE

Bundespolizeien (Federal Law Enforcement) und Polizeien innerhalb der Bundesstaaten.

Die Auswertung und Verbreitung von nachrichtendienstlichen und auch polizeiinternen Informationen an die Polizei in den USA ist problematisch. Es gibt nicht nur Geheimnisbarrieren zwischen verschiedenen Bundespolizeien wie der FBI, DEA, ATFE usw., sondern auch einen generellen Verbot Verschlusssachen auf Bundesebene mit den Polizeien innerhalb der Bundesstaaten zu teilen.

Verbreitet z.B. das Department of Homeland Security (DHS) eine generelle Terrorwarnung an die Polizeien der einzelnen Bundesstaaten, so werden die Details ausgelassen denn diese sind Verschlusssache. Die Warnungen sind dann auch solche die man in den Nachrichtenmedien lesen kann. Der einzelne Sheriff oder eine Stadtpolizei kennt deshalb weder den Hintergrund der Warnung, noch die relative Zuverlässigkeit der Informationsquelle.

So klagte ein persönlicher Bekannter auf der Führungsebene bei einer Polizei in Kalifornien über die ungenauen Angaben

INFORMATIONSBARRIERE...

der DHS mit denen man auf unterer Ebene wenig anfangen kann. Genauere Informationen werden der regulären Polizei vorenthalten.

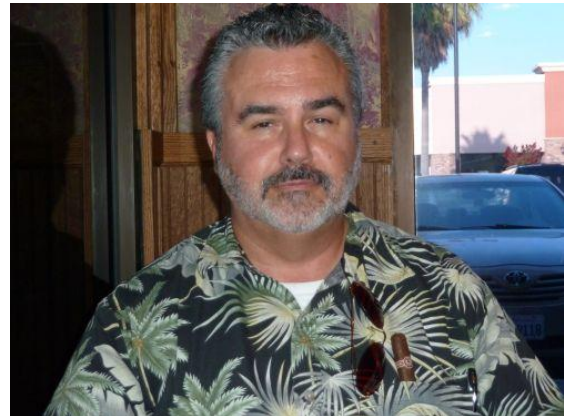
Beamte der Polizei oder Organisationen mit ähnlichen Aufgaben innerhalb der Bundesstaaten können wohl eine Genehmigung beantragen die den Zugang zu Verschlusssachen, inklusiv Streng Geheim (Top Secret) zulässt, aber die erforderlichen Nachforschungen über Lebenslauf und sonstiges dauern mehrere Jahre und hat man dann die Erlaubnis, bedeutet das keinen freien Zugang zu Verschlusssachen in Datenbanken.

Die Zulassung bedeutet lediglich daß wenn eine Bundesbehörde wie z.B. der FBI, DHS, oder die DEA Unterstützung von den örtlichen Polizeien benötigt und dazu eine Preisgabe von Verschlusssachen nötig ist, dann haben Beamte die das Genehmigungsverfahren abschlossen haben Zugang, aber nur zu solchen Informationen die für ihre Mitarbeit unbedingt nötig sind. Dabei kann es passieren daß ein Kripobeamter an einer Aktion teilnimmt, aber seinem eigenen Chef keine Details mitteilen kann, weil der Chef nicht die nötige Genehmigung hat.

In den meisten Fällen haben Beamte die eine Zulassung beantragt haben nie mit Verschlusssachen zu tun. Bei einem DHS Lehrgang über Terrorismus für Führungspersonen der Polizei war ich überrascht daß fast alle Ausbilder Beamte in verschiedenen Stadtpolizeien waren und nur auf Zeit für DHS Lehrgänge führten. Alle hatten offiziell Zugang zu Streng Geheim, aber sie haben während ihrer Tätigkeit für DHS nie eine Verschlusssache gesehen. Das Endresultat war daß das Lehrmaterial über

Terrorismus aus Informationen von CNN, Zeitungsberichten, und sonstigem öffentlichen Material zusammengeflickt war. Informationen also, die für jedermann zugänglich sind.

Der „PRIVATE EYE“ oder PRIVATDETEKTIV



Oben: Privatdetektiv aus Kalifornien

Privatdetektive gibt es in den U.S.A. in jedem Bundesstaat, aber die staatlichen Zulassungsbedingungen sind von Bundesstaat zu Bundesstaat unterschiedlich. In Kalifornien muß ein Antragsteller für eine Zulassung als Privatdetektiv mindestens drei Jahre Erfahrung in Ermittlungen haben, eine schriftliche Prüfung bestehen, und eine Haftpflichtversicherung vorweisen.

Vor der Zulassung gibt es zusätzlich noch eine Nachforschung nach eventuellen Vorstrafen die eine Zulassung verhindern würden. Mit einer Zulassung kann der Privatdetektiv auch einen Waffenschein beantragen. Dazu gibt es eine ärztliche Untersuchung, und der Kandidat muß einen Schießausbildungskurs absolvieren.

Es ist meistens der Fall daß Privatdetektive ehemalige oder pensionierte Polizei- oder Kripobeamte sind. Die dadurch weiterbestehenden

PRIVATDETEKTIVE IN KALIFORNIEN..

Verbindungen bringen beträchtliche Vorteile mit sich. Ist der Privatdetektiv pensionierter Polizeibeamter gibt es auch noch einen anderen Vorteil. Hat dessen letzte Dienststelle keine Bedenken, darf der pensionierte Beamte automatisch auch nach der Pensionierung seine Faustfeuerwaffe weiterhin bei sich haben. Der Pensionsausweis gilt sozusagen als Waffenschein und er ist in den ganzen USA gültig.

Unter diesen Umständen kann sich der pensionierte Beamte auch ohne Zulassung als Privatdetektiv ohne weiteres als Leibwächter anheuern lassen. Ein persönlicher Bekannter wurde auf Grund einer Schußverletzung im Dienst vom Sheriffs Department frühzeitig pensioniert. Der ehemalige Deputy ist jetzt schon seit Jahren Leibwächter für geldschwere Film- und Fernsehstars in Los Angeles.

TÄTIGKEITEN EINES PRIVATDETEKTIVS

Der mögliche Kundenkreis für einen Privatdetektiv ist weitlaufend. Er besteht aus großen und kleinen Firmen oder Unternehmen, Anwaltskanzleien, Privatpersonen, und sogar auch staatliche Stellen oder Ämter.

Die Aufgaben eines Privatdetektivs sind unterschiedlich. Der abgebildete Privatdetektiv (Bekannter von Harald Schweizer) ist in ganz Kalifornien tätig, aber mit Schwerpunkt in der Los Angeles Gegend. In der Unterhaltungsindustrie gibt es eine rege Nachfrage nach Personenschutz, Ermittlungen in möglichen Betrugsfällen, und sonstige Untersuchungen im straf- und zivilrechtlichen Bereich. Bei den vielfältigen Aufgaben kommt es auch vor daß der Privatdetektiv mit lebensgefähr-

lichen Situationen konfrontiert wird. Observationen in Ehescheidungsfällen wie man in Fernsehfilmen sehen kann kommen nur selten vor. Wegen des nötigen Zeitaufwandes und den dabei anfallenden Unkosten, ist ein Privatdetektiv für die meisten Klienten zu teuer.

Liegt eine Straftat vor, kann der Privatdetektiv die Ermittlungsakte direkt der Staatsanwaltschaft übergeben, ohne die Polizei einzuschalten. Die Staatsanwaltschaft kann dann auf Grund der von dem Privatdetektiv gesammelten Unterlagen und Beweisen Anklage erheben und eine Strafverfolgung unternehmen.

In anderen Kriminalfällen reicht der Privatdetektiv die Ermittlungsakten für weitere Nachforschungen an die örtliche Polizei weiter. In fast jedem Fall aber erhält der Klient der den Privatdetektiv engagiert hat, eine vollständige Ermittlungsakte.

DROGENPOLITIK IN DEN USA



Am 8. Juli 2011 entschied die amerikanische Drogenbehörde, (Drug Enforcement Administration-DEA) daß Marihuana nicht als medizinisches Hilfsmittel anerkannt sei und diese Droge weiterhin wie auch Heroin als gefährlich eingestuft bleiben soll. Diese Feststellung ist in Konflikt mit der Majihuana-regelung in vielen Bundesstaaten die den Genuß von Marihuana als medizinisches Hilfsmittel zulässt. Diese Entscheid wird jetzt von der Gruppe „Americans for Safe Access“ vor Gericht angefochten.



Das Polizei-Iphone

Die Firma Bi2technologies hat einen Aufsatz für Iphones entwickelt der als Irisscanner und biometrische Gesichtserkennung fungiert.

Diese Technik ist relativ billig (\$3000 pro Gerät) und wird in den USA schon von vielen Polizisten und Sheriffs angewendet. Besucher der Webseiten von bi2technologies können sich weiter darüber informieren.

<http://www.bi2technologies.com/>

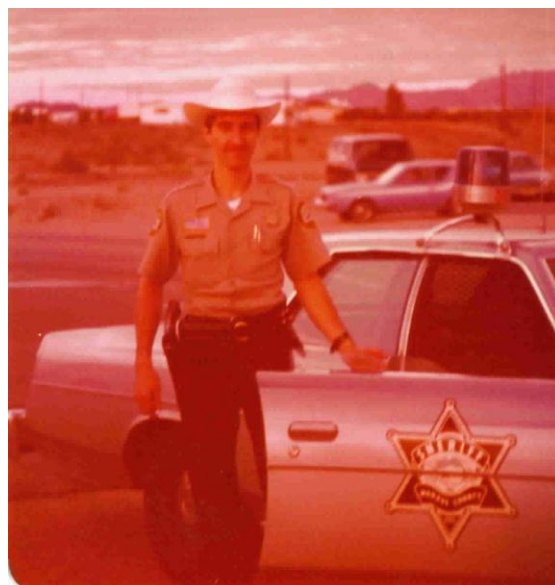
Der Pinal County Sheriff in Arizona hat diese Technik für seine Deputies und Justizvollzugsbeamten eingeführt und erklärt daß seine Beamten anhand dieser Technik schneller und effektiver die Identität von Personen überprüfen können. Auch eliminiert sie die Möglichkeit daß der falsche Gefangene aus seiner Haftanstalt entlassen wird. Besuchen sie seine Webseite:

<http://pinalcountyz.gov/Departments/Sheriff/Pages/Home.aspx>

Sie können auch nach Personen in seiner Haftanstalt suchen:

[http://pinalcountyz.gov/Departments/Sheriff/AdultDetentionCenter/Pages/Inmate Search.aspx](http://pinalcountyz.gov/Departments/Sheriff/AdultDetentionCenter/Pages/InmateSearch.aspx)

Polizeifotos



Harald Schweizer als Deputy Sheriff in Arizona.



Berittene Polizei in Fresno, Kalifornien



Graffiti-Team der Fresno Polizei